

Herbst 2016

# TUMULT

*Vierteljahresschrift für Konsensstörung*

---

## GRENZEN ZIEHEN ODER UNTERGEHEN

*Terror, Flutung, Widerstand: jederzeit und überall*

## TOLERANZ, EIN ZWEITRANGIGER WERT

*Martin Mosebach über Christentum, Islam, Judentum*

## »SOZIALSTAAT«:

## SYSTEM DER SELBSTAUSBEUTUNG

*Die Linke als Komplizin der Kapitalherrschaft*

## ISLAM, DIE PATCHWORK-RELIGION

*Der Weg zu Illusion und Strafzwang*

---



---

# INHALT

---

Frank Böckelmann

**Beständige Unsicherheit 4**

*Zur Ausgabe Herbst 2016*

## SCHNEISEN

Peter J. Brenner

**Spiel ohne Grenzen**

**oder Die neue Lust am Untergang 8**

Martin Mosebach

**Toleranz 13**

*Versuch einer Begriffsklärung*

Thomas Kapielski

**Ausweg 18**

Antonella Messerschmidt

**Symbolische Tötung des Souveräns 22**

Andreas Raithel

**Weltbürgertum in einem Land 25**

Albrecht Goeschel

**Sozialstaat: Giftige Frucht des Kapitalismus 27**

Armin Langroudi

**Die endgültige Offenbarung 34**

## BELICHTUNGEN

Ulrich Schacht

**Figurationen finaler Ethik 39**

*Zur Logik des absolut Bösen im absolut Guten*

*Zweiter Teil*

Martin Burckhardt

**Zur Logik des Dividuums 45**

Christian J. Grothaus

**Das Bauwerk Nicht-Ich 50**

*Strategien gegen die Utopie-Klinge*

Jürgen Paul Schwindt

**Die Mitmacher 54**

*Zur Pathogenese der neuen deutschen Universität*

*Teil XI (Der Stil 3) – Das »Brainstorming«*

Till Kinzel

**Panajotis Kondylis und die Aufklärung 57**

*Vom Nutzen einer polemologischen Hermeneutik*

Benjamin Jahn Zschocke

**Ebrach 62**

*Fragment über Höller*

Till Röcke

**Topographie des Terrors 65**

*Ein Prosa-Schrapnell*

---

---

## LANDSCHAFTEN

Jörg Bernig  
**in untergegangenen reichen** 68  
*gedichte*

Bernd Gärtner  
**Weltende?** 71  
*Thomas Kapielski zum 65.*

Sibylle Klefinghaus  
**Neulich als ich jung war** 73  
*Drei Gedichte*

Takasaki  
**480,1** 74

## RÄUME DES POLITISCHEN

Siegfried Gerlich  
**Autoritärer Charakter** 75  
*Zur Psychologie der Umerziehung der Deutschen*  
*Erster Teil*

Josef Schmid  
**Die Wiederkehr der Verdrängten** 78  
*Volk, Nation, Nationalstaat oder*  
*Die Rache der Herkunftsmächte*

Rainer Paris  
**Sog der Scharfzüngigkeit** 84  
*Über Polemik*

Thorsten Seifert  
**Das Verschwinden der alten Welt** 87

## LEBENSWELT NETZ

Harald Seubert  
**In virtuellen Netzen** 90

**Zu den Autoren** 94

**Impressum** 96

TUMULT präsentiert in diesem Band zehn collagenartige Gemälde des in Berlin lebenden Künstlers **Peterjörg Endres** (Näheres in ZU DEN AUTOREN). Die Redaktion dankt ihm für seine Großzügigkeit.

---

---

ALBRECHT GOESCHEL

## SOZIALSTAAT: GIFTIGE FRUCHT DES KAPITALISMUS

---

### »Sozialstaatspartei«: System, Regime, Parteien

Die Linkspartei im Deutschen Bundestag nennt sich rückblickend »Sozialstaatspartei« (Axel Troost). Sie lenkt damit den Blick auf Offensichtliches, aber gerade deshalb Unerkanntes und Ungesagtes: In Deutschland sind seit der Reichsgründung 1871 Zug um Zug alle Parteien, die einen Sozialstaat abgelehnt hatten oder zurückdrängen wollten, aus den Parlamenten und teilweise auch aus der Politik verschwunden. Die Freien Demokraten machten in dieser langen Reihe die Nachhut. Und noch ein weiteres Phänomen sollte in diesem Zusammenhang zur Kenntnis genommen werden: Bei keinem der Jubiläen der vielfältigen Sozialversicherungsinstitutionen in Deutschland wird der Hinweis versäumt, daß die jeweilige Körperschaft ein Jahrhundert und länger Regimeunabhängigkeit bewiesen habe. Man sollte die Vortragenden beim Wort nehmen und danach fragen, was diese Unabhängigkeit vom jeweiligen Regime bedeutet. Die Antwort könnte dem Publikum nicht gefallen: Der monopolistisch und global gewordene Kapitalismus bedient sich zwar der Regimes und der Parteien aller erdenklichen Couleurs und Ideologien. Unverzichtbar für sein System ist aber die immer neue Formierung von Lohnarbeit. Diese Formierung einschließlich ihrer »Reformen« leistet der Sozialstaat. Das ist der Grund, weshalb der Sozialstaat auch in Deutschland nicht nur unabhängig von Regimes sein kann, sondern mittlerweile auch eine eigene Partei hervorgebracht hat. Der Sozialstaat selbst ist Systemelement des Weltkapitalismus.

### »Herausfordernder Sozialstaat«: Grenzverletzung und Bargeldverbot

Das Linksmilieu in Deutschland und seine »Sozialstaatspartei« in Berlin sind seit den letzten Wahlgängen arithmetisch und konzeptionell geschwächt. Nun mehren sich dort die Stimmen, man habe zu lange den wachsenden Zorn über das rücksichtslose und verachtungsvolle Agieren des politischen Regimes gegenüber Land und Leuten nicht zur Kenntnis genommen. In der Tat hat der »Linke Sektor« seine Chance vertan – zwar hat er Petitionen und Memoranden verfaßt, aber 17 Millionen Wahlverweigerer übersehen. Diese vom »fordernden« Sozialstaat Bedrängten und mundtot Gemachten haben sich nun gemeldet – mit Wahlkreuzen bei einer alternativen Partei.

Wahlen sind politisches Flackerlicht. Das Linksmilieu und seine »Sozialstaatspartei« haben ihre politische Selbstaufgabe hingegen quälend lange als verlöschende Glut inszeniert. Am Ende steht nur noch Schweigen zur Verletzung der deutschen und der europäischen Grenzen durch Millionen billiger Wanderarbeiter, die das Berliner Regime staatsstreichartig herbeigerufen hat. Am Ende steht nur noch Sprachlosigkeit gegenüber dem stufenweisen Verbot des Gebrauches von Bargeld, das eine Allparteienkoalition mit Scheinargumenten rechtfertigt, ein ehemaliger Verfassungsrichter (Hans Jürgen Papier) jedoch für grundgesetzwidrig erachtet.

Ein neoliberal-autoritärer neuer Imperialismus will den Kern des Kapitalverhältnisses, das Lohngeld, als (scheinbares)

Äquivalent und einziges »Property« der Lohnarbeit, dieser entziehen und es unter unmittelbare Kuratel von Banken und Staat stellen. Ein Linksmilieu und eine Linkspartei wissen dazu nichts zu sagen. Karl Marx begann sein fulminantes Werk über das Kapitalverhältnis mit dem Abschnitt »Ware und Geld«, aber eine Parlamentsfraktion, die sich »Die Linke« nennt, schweigt, wenn die Ware Arbeitskraft nicht mehr gegen Bargeld als ein »Eigenes« eingetauscht werden kann.

### »Sozialstaat« und »Gesamtwirtschaft«: Gesinnung statt Erkenntnis

Wie konnte es zu diesem grandiosen Versagen der deutschen Linken kommen? Das westliche Deutschland hatte seit den 1950er Jahren eine Fülle gesellschafts- und wirtschaftskritischer Veröffentlichungen hervorgebracht oder wieder entdeckt. Unvergessen sind die aufklärerischen Leistungen von *rowohlt's deutscher enzyklopädie*, *edition suhrkamp*, Europäischer Verlagsanstalt und diversen Raubdruckreihen. Insbesondere die »Kritische Theorie« Horkheimers und Adornos mit ihrer *Dialektik der Aufklärung*, als Synthese von Sigmund Freud und Karl Marx bezeichnet, wurde von der »Neuen Linken« geradezu aufgesogen. Weniger gut bestellt schien es um die makroökonomische Analyse. Sie blieb bis zur deren Ende eine Domäne der Staatswissenschaft im sozialistischen Deutschland, in der DDR. Erst 2005 war mit Robert Kurz' Buch *Das Weltkapital* wieder eine Ökonomiedebatte möglich, die über linkskeynesianische oder traditionsmarxistische Vergangenheitspflege hinausging.

Bei näherem Hinsehen schält sich die wesentliche Ursache für den kaum zu leugnenden Untergang einer transzendierenden Linksphilosophie in Deutschland an einem wichtigen Punkt heraus: Es war die fortschreitende Konzentration des linken Denkens auf die Gesellschaft, auf das »Soziale«, als vermeintlichen Gegenpol zum Kapitalismus, zur nackten »Ökonomie«. Anfang der 1970er Jahre wurden Claus Offes *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates* zum gerne befolgten Irrwegweiser in die Welt der »horizontalen Disparitäten«, in die Sozialstaatsfalle. Die Erklärung dafür ist simpel: Die vormaligen Akteure des linken Protests hatten sich – elternhaus- und herkunftskonform – auf den Weg zu ihren Anstellungen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, im Gesundheitswesen,

in den Stadt- und Staatsverwaltungen und im Kulturbetrieb gemacht. Ihr »Marsch durch die Institutionen« (Rudi Dutschke) fügte sich zu einer Systemanalyse, für die es vor allem um Ungleichbehandlung im Wohlfahrtsstaat ging und geht. Ein einsamer Versuch, den Sozialstaat selbst als Produkt und Helfershelfer des Kapitalverhältnisses – und keineswegs als dessen Gegenspieler – zu identifizieren, mußte angesichts dieser Postenjagd nach der Protestrendite chancenlos bleiben: Der kritische Ansatz, den Wolfgang Müller und Christel Neusüß in ihrem Aufsatz »Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital« 1970 in die Debatte einbrachten,<sup>1</sup> hinterließ daher kaum Spuren.

Nachdem die politisch-ökonomische Diskussion in Deutschland vor allem nach den sogenannten Hartz-IV-Reformen fast gänzlich auf die Themen »Armut« und »Ungleichheit« zusammengeschrumpft ist, gibt es keine nennenswerten Stimmen mehr gegen eine weitere Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse: Nun gilt nicht mehr der »Sozialstaat« fälschlich als Gegenpol zur »Marktwirtschaft«, sondern gar als Komplement der »Gesamtwirtschaft«. Jeglicher Antagonismus ist somit aus den Analysen getilgt. Seit Mitte der 1970er Jahre, sozusagen voraus-eilend, trägt eine »Memorandum-Gruppe« in diesem Sinne Verbesserungsvorschläge zur Wirtschaftspolitik in die Öffentlichkeit. Die Mitglieder der Gruppe sehen in einem expandierenden Sozialstaat die zentrale Voraussetzung für eine stabile Gesamtwirtschaft. Sie folgen Konzepten von John Maynard Keynes und lassen auch eine personelle Identität mit der »Sozialstaatspartei«<sup>2</sup> erkennen. Die Linkspartei und die Memogruppe gewinnen immer deutlicher an Kontur: als Koalitionspartner des Regimes und als Sachverständigenrat in Reserve.

Problematisch ist und bleibt freilich, daß die Antagonismen des warenproduzierenden Systems zwar aus den Analysen, aus dem Diskurs und aus dem Parlament, nicht aber aus der politisch-ökonomischen Realität eskamotiert werden können. Hierin besteht wohl die wesentliche Triebkraft für die Gesinnungswut, die in den letzten Jahren, vor allem seit dem Sommer 2015, in die Medien und in die Politik, besonders aber in den »Linken Sektor« eingezogen ist. Mit der Reduzierung der Profitökonomie auf »Armut« und mit der Simplifizierung des amerikanisch-europäischen Imperialismus im Kollektivsymbol des »Flüchtlings« werden so viele brennende Themen aus-



Peterjörg Endres: *Kopftaschen-Sonntag*, 2010

geblendet, daß dies nicht mehr allein mit Erkenntnisreduktion, sondern nur noch mit rabiatem Gesinnungsfuror durchzusetzen ist.

### »Kapitalistischer Sozialstaat«: Sozialpolitik und Angriffskrieg

Geschichtsvergessen übersieht der linke Diskurs in Deutschland Zusammenhänge, die man selbst in Schulbüchern finden könnte. Der »Sozialstaat«, Mekka aller Menschen der rechten Gesinnung, darf um keinen Preis entweiht werden durch die Erzählung dessen, was dieser Sozialstaat in Wahrheit ist: schon von Anbeginn eine Einrichtung zur inneren Aufrüstung gegen ein äußeres Angriffsziel – oder umgekehrt: zur inneren Absicherung bereits gemachter Eroberungen. So war es bei Polizei- und Sozialkanzler Otto von Bismarck, beim Führer und Reichskanzler Adolf Hitler<sup>3</sup> und beim Bundeskanzler des atomaren Sozialstaats Helmut Schmidt.

Das Merkel-Gabriel-Regime indessen macht es anders als seine Vorläufer, geht geradezu heimtückisch vor und hat damit all die Wohlmeinenden in eine Wahrnehmungsfalle gelockt. Die Nomenklatura in Berlin benutzt eine

europäische Sozialpolitik gleich direkt als politisch-ökonomische Waffe gegen die nationalen Gesellschaftsverhältnisse in den Peripherieländern.<sup>4</sup> Mit *Austerity-Terror*, mit einem »*German way of work*« werden die konkurrierenden Nachbarvolkswirtschaften besonders wirksam zerstört. Aber der linke Diskurs hierzulande versteht nichts, bleibt blind: Er will ein »sozialeres« Europa, trauert dem »Rheinischen Kapitalismus« nach, sorgt sich um einen »Sozialstaat in Gefahr« und hat nun seine Realillusion in den »*Refugees*« gefunden. Doch die Ignoranz geht noch viel weiter: In der Unterabteilung »Ökonomie« des »Linken Sektors« gehören Forderungen nach »*Marshall-Plänen*« für die Krisenländer und die Beschwörung eines »*New Deal*« für Europa zum Standardrepertoire. Als wäre nicht der Hoffnungsträger Roosevelt mit seinem US-Sozialstaat

- 1 Wolfgang Müller, Christel Neustüß: »Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital«, in: *Sozialistische Politik* 6/7 (1970), S. 4–67.
- 2 Axel Troost, Thomas Händel: Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN. Eine Geschichte der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Hamburg 2016.
- 3 Timothy W. Mason: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1977.
- 4 Albrecht Goeschel: EU-Sozialpolitik: Formierung einer Klassengesellschaft der billigen Arbeit. Bergkamen 2015.

erst dann so richtig erfolgreich gewesen, nachdem es ihm gelungen war, die widerstrebende US-amerikanische Öffentlichkeit in das bislang grauenvollste Blutbad der Weltgeschichte hinein zu navigieren.<sup>5</sup> Ein weiterer große Hoffnungen weckender Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, bekleidete dieses Amt, als die Interventionen in Vietnam begannen, die sich unter seinem Nachfolger Lyndon B. Johnson dann zu einem Vernichtungskrieg auswuchsen. In den Vereinigten Staaten wurde gleichzeitig der nächste US-Sozialstaat, Johnsons »Great Society« ausgerufen. Die aktuelle Lichtgestalt der westlichen Hemisphäre, Barack Hussein Obama, leistet ebenfalls ihren sozialstaatlichen Beitrag: die »Obamacare«, eine Art gesetzlicher Krankenversicherung. Gleichzeitig ist Obama der US-amerikanische Präsident mit den meisten Kriegstagen im Amt.<sup>6</sup> Seiner Ägide wird man auch die Rückkehr der Vereinigten Staaten in einen »Kalten Krieg« mit Rußland zurechnen.

### »Atomarer Sozialstaat«: Kalter Krieg und Rüstungskapitalismus

In der Literatur wird von einer »atomaren Diplomatie« der Vereinigten Staaten gesprochen. Sie beruhte auf der Erstverfügung der USA über einsatzfähige Kernwaffen und brachte einerseits den Kalten Krieg auf ein Höchstniveau der genozidalen Bedrohung, verstärkte andererseits aber auch die sozialpolitische und sozialpsychologische Systemkonkurrenz. Eine großzügige Sozialpolitik hatte explizit die Aufgabe, soziale Auseinandersetzungen, insbesondere ein Anwachsen sozialistischer und – in etlichen Ländern – kommunistischer Parteimitgliedschaften, Parlamentsmandate oder gar Regierungsämter zu verhindern. Im Falle eines militärischen Konflikts sollte sie für eine hohe Loyalität und Disziplin bei den Streitkräften und in der Bevölkerung sorgen. Dieses systembedingt rasche Wachstum des Sozialbudgets und dessen Wirkung als eingebauter ökonomischer Stabilisator wird in der rüstungskritischen Literatur der 1950er und 1960er Jahre entweder gar nicht erkannt oder aber nur gestreift.

Die »externen« Wachstumseffekte für den Westen, die nach dem Zweiten Weltkrieg bei dem Versuch entstanden, einen Sozialismus im Vor- und Umfeld der Sowjetunion zu etablieren, blieben unerkannt und unerörtert. Sowohl die bahnbrechende Untersuchung von Burkhart Lutz über

die Wachstumseffekte bei der Einbeziehung traditioneller agrarisch-handwerklicher Regionen in die industriell-tertiäre Kapitalverwertung<sup>7</sup> wie auch ähnliche Untersuchungen zum »Teilhabekapitalismus« im Deutschland der beiden Nachkriegsjahrzehnte sparen den Kalten Krieg als Treibsatz für die stetige Ausweitung der Sozialpolitik, der allgemeinen Daseinsvorsorge und eines »deficit spending« aus. Sie benennen nicht die Tatsache, daß der Kalte Krieg gleichsam die kapitalismustypische Unterkonsumtion bzw. Überakkumulation »keynesianisch« moderierte. Ob dieser Staatskonsum als Ersatz für die systemnotwendige Unterentlohnung durch Rüstungswachstum oder durch Daseinsvorsorge bzw. durch ein bestimmtes Mischungsverhältnis von beiden geprägt wurde, hing von den jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Kräftekonstellationen bzw. Machtverhältnissen ab.<sup>8</sup>

Der Kalte Krieg umfasste auch zwei militärische Großkonflikte – den Koreakrieg und den Vietnamkrieg. Allein die Vereinigten Staaten wendeten in den Jahren 1950 bis 1989 fünf Billionen Dollar für Militärausgaben auf.<sup>9</sup> Diese immensen ökonomischen Anstrengungen für »militärischen Konsum« konnten nicht ohne Folgen für die Handels- und Devisenbilanz sowie die Währung der Vereinigten Staaten bleiben. Dementsprechend suspendierte die US-Regierung im August 1971 die Goldbindung des Dollars und machte diesen selbst zu einem Goldersatz. Die Deckung des Dollars bestand nun nicht mehr in Gold, sondern in der weltweiten militärischen Dominanz der USA. Nur so konnten die in den 1970er Jahren negativ gewordene Handelsbilanz und die exponentiell gewachsene Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten durch Kapitalimporte, d. h. Kredite aus dem Ausland finanziert werden.

### »Armutsbekämpfung«: Einfluß für die Politik und Frieden für das Kapital

Dabei muß wie erwähnt beachtet werden, daß neben der militärischen Komponente der »New Deal«-Ökonomie der Vereinigten Staaten auch die soziale Komponente immer weiter ausgebaut wurde: Wie gesagt trieb die US-Regierung parallel zum Vietnamkrieg das Sozialstaatsprogramm »Great Society« voran. Dieses Sozialstaatsprogramm unterscheidet sich auf ganz typische Weise vom europäischen, vor allem deutschen Konzept

eines Sozialversicherungsstaates. Nicht die Stärkung der Arbeitnehmer durch Lohnausgleich und Lohnersatz wie im deutschen Modell, sondern die Unterstützung der aus dem Arbeitsmarkt Ausgeschiedenen, Herausgefallenen und Ausgegrenzten, also der »Armen«, ist typisch für den US-Sozialstaat. So wie der Kalte Krieg die Legitimation für das immense Militärbudget geboten hat, wurde die für die US-amerikanische Wirtschaft und Gesellschaft typische Armut als Legitimation für das wachsende Sozialbudget genutzt und benötigt. Colin Crouch hebt hervor, daß es diese enormen Militär- und Sozialausgaben waren, die durch ihre Nachfrage- und Wachstumsfunktion seit den Tagen des »New Deal« den US-typischen »gesellschaftlichen Kompromiß« zwischen Arbeitnehmern und Unternehmen, Bevölkerung und Gesellschaftssystem ermöglicht haben.<sup>10</sup>

#### »Monetarismus«: Revolutionärer Imperialismus

Die immensen Kosten dieses Imperialismus-Modells der Vereinigten Staaten – militärische Hegemonie als Dollargarantie und Nachfragemotor einerseits, Dollargarantie als Finanzierungsbasis für Sozial- und Militärbudget andererseits – hätten dringend eine breitere Steuerfinanzierung erfordert. Statt dessen entzogen sich die USA im August 1971 dem Goldstandard und beendeten damit das System von Bretton Woods. Mit dem selbst zum Standard erklärten Dollar machten sie eine weitere Kreditfinanzierung ihres Imperialismus-Modells möglich. Darüber hinaus wurde eine Politik der Wachstumsstimulierung durch Steuersenkung versucht. Die dadurch weiter wachsende Staatsverschuldung in Verbindung mit dem hohen Militärbudget forcierte die Geldentwertung und Wertverluste bei den Lohneinkommen. Dies bot dann die Legitimation für eine Abwendung vom keynesianischen Interventionismus, d. h. von einer Wachstumssteigerung durch Militär- und Sozialkonsum. Wirtschaftspolitisches Leitbild wurde nun der »Monetarismus«. Die Politik wurde auf die Erhaltung von Preisstabilität und Geldwert beschränkt. Die enormen Kapitalvermögen, die aus dem Rüstungsboom der Jahrzehnte des Kalten Krieges akkumuliert worden waren, sollten damit vor einer marktwirtschaftlichen Anpassung durch Inflation bewahrt werden. In den folgenden Jahrzehnten sollte der Monetarismus dann weltweit die Staatsordnungen, Volkswirtschaften, Gesellschaftsverhältnisse und Denkweisen gründlich umstürzen oder zerstören.

#### »Deregulierung«: Aus Gegenmitteln wird Giftstoff

Wie es typisch ist für kapitalistische Wirtschaften, mußte nun, nachdem das hegemonial-imperiale Wachstumskonzept – durch Inflation und sinkende Produktivität – an seine Grenzen gestoßen war, ein neuer Ansatzpunkt gefunden werden. Einen solchen hatte die vormalige keynesianische Wachstumspolitik in den Vereinigten Staaten und Europa dadurch geschaffen, dass die öffentlichen Dienstleistungen und Unternehmen sowie die öffentliche Infrastruktur breit ausgebaut worden waren. Das kapitalistische Verwertungsinteresse konzentrierte sich nun eben auf diesen – ursprünglich zu seiner Moderation, ja als sein Gegenmittel – geschaffenen Bereich. Unter dem Schlagwort der Angebotspolitik wurden jenen Kapitalvermögen, die vom Monetarismus vor der Inflation bewahrt worden waren, für drei Jahrzehnte durch Deregulierung, Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors neue ertragreiche Anlagemöglichkeiten im großen Stil eröffnet. Mitte der 1970er Jahre ist diese Politik in den Vereinigten Staaten unter Präsident Reagan und in Europa durch die britische Premierministerin Thatcher eingeleitet worden. »Angebotspolitik« war auch die Formel dafür, die keynesianische Beschäftigungspolitik durch neoliberale Arbeitsmarktpolitik zu ersetzen. Weltweite Handelsliberalisierung und nationaler Subventionsabbau steigerten den Ausbeutungsdruck. Dies alles gipfelte in der Etablierung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahre 1995. Es war dem US-Imperialismus gelungen, nun als »Globalisierung« alternativlos zu erscheinen.

- 5 Paul Osthold, Rolf Wagenführ: Roosevelt zwischen Spekulation und Wirklichkeit. Grundlagen und Methoden der anglo-amerikanischen Rüstungsgemeinschaft. Berlin 1943. Zu Wagenführ vgl. Jürgen Kuczynski: »Rolf Wagenführ: Ein edler Ritter der Statistik«, in: Günter Menges/Reiner Zwer (Hg.): Probleme internationaler wirtschafts- und sozialstatistischer Vergleiche: Rolf Wagenführ zum Gedächtnis. Köln 1981, S. 11–14.
- 6 Mark Landler: »For Obama an Unexpected Legacy of Two Full Terms at War«, in: *The New York Times*, 14.05.2016
- 7 Burkhard Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt/Main, New York 1984.
- 8 Paul M. Sweezy: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marx'schen Sozialökonomie. Frankfurt/Main 1970.
- 9 Bill Bonner/Addison Wiggin: Das Schuldenimperium. Vom Niedergang des amerikanischen Weltreichs und der Entstehung einer globalen Finanzkrise. München 2006.
- 10 Colin Crouch: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin 2011.

### »Sozialversicherungsstaat Deutschland«: Trennung von Lohn und Arbeit

Der deutsche »Sozialversicherungsstaat« mit seinen zwölf Sozialgesetzbüchern ist die »Bundeslade« des »Geschäftsmodells Deutschland«. Er führt seit Jahrzehnten vor, wie man in seinen »Funktionsbereichen« Alter, Pflege, Gesundheit, Arbeit etc. die Lohnquote einer Volkswirtschaft gewinnförderlich, aber unauffällig senken kann. Man muß nur einen immer größeren Teil der Wertschöpfung in Form von »Sozialbeiträgen«, d. h. Nebenlöhnen, einziehen und in gesonderten Lohnfonds für Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung u. a. ansammeln. Dann ist es ohne große Mühen möglich, im Zuge von »Reformen« die ursprünglich zugesagten Zahlungen und Leistungen aus diesen Fonds materiell zu verschlechtern und zu verringern oder politisch zu veruntreuen. Es bleiben dann von den derzeit etwa 800 Milliarden Euro »Sozialbudget« jährlich, wie von Experten geschätzt, auch 65 Milliarden Euro netto übrig. Diese kann das politische System für sogenannte versicherungsfremde Leistungen verausgaben. Bei diesen Leistungen handelt es sich um Staatsaufgaben wie etwa die Kosten der Wiedervereinigung, die sonst aus Steuern finanziert werden müßten, so aber aus Sozialbeiträgen bestritten werden können. Auf dem Umweg über die Lohnfonds des »Sozialversicherungsstaates« und durch steigende Sozialbeiträge und sinkende Sozialleistungen werden Großkonzerne, Vermögensinhaber und Hochverdiener bei den Steuern entlastet. Gewinne und Abschreibungen können weiter steigen.

Aber nicht dieser »Mißbrauch«, sondern der »Gebrauch« der Lohnfonds ist das Entscheidende für das »Geschäftsmodell Deutschland«. Seit 1960 hat sich das »Sozialbudget«, d. h. die Gesamtsumme der Geld- und Sachleistungen mit sozialer Zwecksetzung im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen beinahe verdreifacht. Das Bruttonationaleinkommen selbst ist deutlich weniger gestiegen. Vor allem aber sind die Nettolöhne im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen drastisch gesunken. Es gibt eine Kurvenschere zwischen steigender Wirtschaftsleistung – und das ist am Ende immer Arbeitsleistung – und sinkender Entlohnung. Eben in dieser sich öffnenden Schere ist das so enorm angewachsene Sozialbudget angesiedelt. Es ist dazu da, das Sinken der Nettolöhne und das Steigen der Gewinne und Abschreibungen zu subventionieren.

Das ist der politisch-ökonomische Sinn des »Aufstockens«, d. h. von Kombilöhnen und Kombirenten. Die Infamie dieses Sozialversicherungsstaates besteht dabei darin, daß sein Sozialbudget überwiegend aus Sozialbeiträgen, d. h. aus den Bruttolöhnen, finanziert wird. Im Sozialversicherungsstaat finanziert die Lohnarbeit ihre laufende Verbilligung selbst. Vor allem aber: Der Sozialversicherungsstaat Deutschland trennt systematisch die Arbeit vom Lohn.<sup>11</sup> Wiewohl also dieser Sozialstaat tatsächlich Übles bewirkt, indem er die Arbeit vom Lohn abhängt, glauben noch immer viele, er verkörpere das Heil.

Eine besondere Hinterlist der Sozialstaatsinstitutionen und -prozeduren liegt dabei darin, daß sie die Leute vereinzeln und zuordnen müssen, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Diese besteht in der Konstruktion von *Individualfällen* des Lebens und gerade nicht in der Veränderung oder Verbesserung von Lebenslagen. Gleichzeitig wurden und werden durch den Kodex von Pflichten und Rechten der Mitgliedschaft in den Sozialversicherungen bzw. durch die Freistellung von solchen Rechten und Pflichten Sekundärkollektive konstituiert: Aus vormals sozialversicherungspflichtigen Arbeitern und Angestellten sind nun sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und sozialversicherungsfrei Beschäftigte geworden – vor allem aber: Erwerbstätige als soziales Potential für erfolgreiches »Selbstunternehmertum« und Arbeitssuchende als ideale Objekte für »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«. Mit der Ausgliederung von Millionen Leuten aus dem deutschen »Sozialversicherungsstaat« und ihrer Einweisung in ein gesondertes »Grundsicherungsreservat« (Hartz IV) hat der deutsche Sozialstaat seine eigentliche Funktion offenbart: die perpetuierte, immer wieder neu ablaufende Herstellung einer Klassengesellschaft der nützlichen, aber billigen Arbeit.

### »Tiefer Sozialstaat«: Bildungspanik

Worum es daher gehen muß, ist ein neuer Blick auf das Funktionieren dieses kapitalistischen »Sozialstaates«. An erster Stelle hat man dabei diejenige »Sozialfunktion« des Staates bzw. denjenigen Aspekt des »Sozialstaates« zu beleuchten, bei dem es um das Kernanliegen des warenproduzierenden Systems geht: die *Formierung* der Leute zu begeisterten Arbeitszeitanbietern – also die Habitualisierung der Selbstausbeutung.

Es ist ein Urproblem des Kapitalismus, d. h. des Handels mit Arbeitszeit und vor allem des Einsatzes gekaufter Arbeitszeit im Produktionsprozeß, daß der Aufkäufer, sprich der Unternehmer, im Kaufvertrag bzw. im Arbeitsvertrag zwar den äußeren Umfang, also Dauer und Ansatz der Arbeitszeit, und dann auch noch die Art der zu erledigenden Arbeit mit dem Verkäufer der Arbeitszeit vereinbaren kann. Aber ob dann tatsächlich die erwarteten oder benötigten Leistungen auch bestmöglich erbracht werden (können) bzw. wie dies sichergestellt werden kann – eben dies ist Gegenstand der gesellschaftlichen Kämpfe seit den Anfängen des Kapitalismus. Die »Sozialfunktion« des Staates bestand hier schon immer darin, Zucht und Ordnung – vornehmer: Erziehung und Ausbildung – durchzusetzen. So erfuhr der Arbeitstag im neu gegründeten Deutschen Reich eine erste formelle Normierung durch die Einführung der »Polizeistunde«. Heute ist an die Stelle der Polizeistunde im Deutschen Reich der Bachelor-Abschluß in der Europäischen Union getreten. Mit ihm wird dafür gesorgt, daß große Teile der jüngeren Generationen das ehemals fremde, von außen an sie herangetragene Verlangen von Mehrarbeit als ihr eigenes, inneres Anliegen einer steten Verfügbarkeit begreifen – an Stelle einer Knechtschaft aus Devotion ist nun die »Knechtschaft aus Überzeugung« (Karl Marx) getreten. Auch die ehemals äußerliche Arbeitsplatzkonkurrenz ist nun in eine innerliche »Bildungs-panik« transformiert worden. Die »Bildungsrepublik Deutschland«, ausgerufen vor einigen Jahren von Angela Merkel, oder schlimmer noch: die »Wissensgesellschaft«, sind die Deckformeln für die Bereitstellung brauchbarer, aber billiger Arbeit in Deutschland.<sup>12</sup>

Linksorientierte und grün-alternative, häufig selbst vermeintlich durch Bildung Aufgestiegene bejubeln das Anliegen vorgeblich größerer »Bildungsgerechtigkeit« besonders laut. Sie sollten wissen: In den vergangenen Jahrzehnten hat die Quote der Hochzertifizierten unter den Erwerbstätigen in Deutschland deutlich zugenommen, gleichzeitig aber die Quote der Löhne am Volkseinkommen ebenso deutlich abgenommen. Offenbar gibt es gar keinen positiven, sondern einen negativen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zwischen Qualifikations-, präziser: Zertifizierungsniveau und Lohnniveau. Auch das Verhältnis von Produktivitäts- und Lohnniveau ist längst negativ. Man kann behaupten, daß es neben der Manipulation der Nebenlöhne auch die Inflation der Bildungszertifikate war

und ist, die auf dem Wege verschärfter Konkurrenz der Arbeitszeitanbieter einerseits deren Selbstausbeutungsbereitschaft steigert und andererseits ihren Marktwert stetig nach unten drückt.

Der »Sozialstaat« funktioniert besonders effizient, wenn er gleichzeitig »äußerer« Polizeistaat und – dies vor allem – »innerer« Ausbildungsstaat ist. Seine Insassen sollen erfolgreich sein und zugleich harmlos bleiben: Erwünscht sind möglichst Sozialbeitragszahler, weniger Sozialleistungsempfänger. Leitbild ist der Vorteils-Extremist. Das Sozialstaats-Credo dieses Vorteils-Extremisten, das auch seine Unterstützung des Merkel-Gabriel-Regimes festigt, lautet: »Arm (leider) sind andere, aber so soll es auch bleiben.«

11 Albrecht Goeschel: Sozialbudget: Funktionselement für Exportexzess und Finanzkapitalismus. Bergkamen 2015.

12 Albrecht Goeschel: »Wissensgesellschaft: Adaption der Qualifikationen, Mentalitäten und Milieus an den Exportkapitalismus Deutschland«, in: Cornelia Koppetsch (Hg.): Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus. Zur Transformation moderner Subjektivität. Wiesbaden 2011, S. 51–78.